

Gerechte Steuern: Sollte der Spitzensteuersatz angehoben werden?

SPD und Grüne sind sich einig: Sie wollen den Spitzensteuersatz auf 49 Prozent anheben. Während der Spitzensatz nach den Plänen von SPD-Kanzlerkandidat ab einem Jahreseinkommen von 100.000 Euro greifen soll, setzen ihn die Grünen bereits bei 80.000 Euro an. Wenn es um höhere Steuern für „Besserverdienende“ geht, sind sich die linken Parteien in Deutschland einig. Die Union hingegen will in ihrem Programm festlegen: Keine Steuererhöhungen! Und die Bürger?

Ein klares Lagebild ist nur schwierig zu ermitteln. Am 23. April 2013 titelte das Wirtschaftsmagazin „impulse“: „Mehrheit der Deutschen gegen höheren Spitzensteuersatz“. Dies habe eine repräsentative Umfrage der renommierten Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) ergeben. Vier Tage später titelte WELT-Online: „Deutsche für höheren Spitzensteuersatz“. Die Zeitung berief sich auf das aktuelle ZDF-Politbarometer. Wie kann es dazu kommen? Eine Erklärung: Die Interviews für die erste Umfrage wurden Mitte April geführt – wenige Tage vor der Enthüllung, dass sich Bayern-Präsident Uli Hoeneß im Januar wegen eines Kontos in der Schweiz selbst angezeigt hatte. Ein zweiter Grund: Für „impulse“ fragte man nach der Haltung zu einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes für (mittelständische) Unternehmer. Die Umfrage des ZDF bezog sich hingegen auf „höhere Einkommen“ und in einer Zusatz-Frage auf „Millionäre“. In diesen Kreis gehören bekanntlich nicht die meisten Deutschen.

Es scheint, als habe die alte Weisheit nach wie vor Gültigkeit: Glaube keiner Umfrage, die du nicht selbst gefälscht hast. Eine weitere Lektion: Schiele nicht auf Umfragen, sondern wäge die Argumente. Ein klarer Fall für unser Pro und Contra. Mögen die besseren Argumente überzeugen!

PRO

Drei Dinge Vorab:

- 1.) Ich bin keine Sozialdemokratin.
- 2.) Ich möchte auch keine werden.
- 3.) Ich möchte keine Werbung für die Steuerpläne der SPD machen.

Aber: Denkverbote und Dogmen bringen uns in der Steuerpolitik nicht weiter. Der Grundsatz, dass starke Schultern mehr tragen können als schwache Schultern,

sollte sich auch in christdemokratischer Steuerpolitik wiederfinden.

Nur zur Erinnerung: Unter Ludwig Erhard betrug der Spitzensteuersatz 56 %, unter Helmut Kohl 52%. Beide sind nicht als sozialistische Umverteiler in die Geschichte unseres Landes und unserer Partei eingegangen.

Ich bin sehr dafür, große Einkommen

deutlich stärker zu belasten als bisher, aber im Gegensatz zu unseren linken Mitbewerbern geht es mir nicht um die Stigmatisierung und Pönalisierung von hohem Einkommen und Reichtum, sondern darum, die Lasten in unserem Steuersystem wirklich wieder fair und gerecht zu verteilen.

Die von der Union geführte Bundesregierung hat mit der Reduktion den ers-

ten Schritt in die richtige Richtung getan, der leider an Rot-Grün im Bundesrat gescheitert ist. Gerade als Gewerkschafterin ist es mir doch wichtig, dass unsere hart erkämpften Lohnerhöhungen auch bei den Menschen ankommen und nicht zum Großteil bei den Finanzämtern verwickeln.



Die Steuerpläne von SPD und Grünen führen am Ende nur zu einer noch stärkeren Belastung der mittleren Einkommen, die jetzt schon die Hauptlast tragen. Wir brauchen eine echte Entlastung dieser mittleren Einkommen, die im Übrigen auch ein Großteil unserer Wähler sind. Dies durch einen höheren Spitzensteuersatz wenigstens ansatzweise gegen zu finanzieren, ist fair, gerecht und angemessen.

AUTORIN



Tabea Burchartz, Vorsitzende des Bezirksjugendausschusses der IG BCE Jugend Düsseldorf, ehemalige JAV-Vorsitzende der Bayer Pharma AG Standort Wuppertal

CONTRA

Der Junge Wirtschaftsrat ist gegen eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes. Es muss Schluss damit sein, dass die Öffentliche Hand den Bürgern immer tiefer in die Taschen greift, statt sich um notwendige Einsparungen bei den Ausgaben und eine vernünftige öffentliche Aufgabenkritik zu kümmern.

Der Ruf nach Erhöhung der Spitzensteuer ist häufig Neidgetrieben. Besserverdiener sollen mehr bezahlen. Dagegen spricht, dass diese das ja längst tun! Die 10 Prozent der Bezieher mit den höchsten Einkommen kommen heute bereits für über 50

Prozent der Einkommensteuer-Einkünfte auf. Demgegenüber tragen 40 Prozent der Einkommensbezieher nur 2 Prozent des Aufkommens.

Die Anhebung des Spitzensteuersatzes ab einem Einkommen von 53.000 Euro belastet nicht nur Millionäre, sondern trifft vor allem die mittelständische Wirtschaft und bereits viele Facharbeiter. Was ist daran gerecht, wenn diese Bürger, die mit viel Fleiß und Engagement ihrer Arbeit nachgehen, noch mehr von dem Erwirtschafteten an den Staat abgeben müssen?

In Zeiten von historisch höchsten Steuereinnahmen ist die Forderung nach Steuererhöhungen besonders abstrus. In den letzten Jahren sind die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Kommunen um mehr als 30 Prozent gestiegen. Der ehrbare Kaufmann, der soziale Verantwortung trägt, gibt auch nicht mehr aus, als er einnimmt.

Wo würden ständige Steuererhöhungen hinführen? Jeder Euro, den der Staat

ausgibt, muss er seinen Bürgern vorher aus der Tasche ziehen. Wir würden immer mehr unserer Eigenverantwortung an den Staat abgeben. Dafür bekämen wir alles vom Staat zugeteilt. In einem solchen Staat will ich nicht leben. Dafür ist mir Freiheit zu wichtig. Der Junge Wirtschaftsrat macht sich für Eigenverantwortung und eine erfolgreiche Leistungsgesellschaft stark.

Die junge Generation wird nicht zusehen, wie die reichste Generation aller Zeiten die historisch höchste Staatsverschuldung weiter steigert und damit Handlungsspielräume nachfolgender Generationen schmerzhaft beschneidet.

Der Junge Wirtschaftsrat fordert einen nachhaltigen Sparkurs mit einem kräftigen Einstieg in die Schuldentilgung! Zuerst muss die öffentliche Hand beweisen, dass sie mit den Einnahmen verantwortungsvoll umgehen und die Ausgaben senken kann. Reicht das nicht aus, kann über Steuererhöhungen gesprochen werden. Entscheidend ist allerdings, dass das steuerliche Belastungsvolumen in Deutschland wettbewerbsfähig bleibt, sonst werden die wichtigsten Steuerzahler ins Ausland abwandern. Dann würden die Steuereinnahmen dennoch sinken statt steigen. Zunächst gilt es jedoch für die Verantwortlichen, ihre Hausaufgaben zu erledigen statt bequem nach Steuererhöhungen zu schreien.

AUTOR



Nils-Oliver Freimuth ist seit Oktober 2012 Bundesvorsitzender des Jungen Wirtschaftsrates im Wirtschaftsrat der CDU e.V.